

lichen Gebräuchen und Kulturelementen in die Liturgie laufe dem Christentum nicht zuwider, sondern helfe, den christlichen Glauben zu vertiefen. Die politische Situation wird von Erzbischof Chakaipa als ernst bezeichnet. Vor allem in ländlichen Gegenden habe der Krieg hemmende und gefährliche Auswirkungen auf die Arbeit der Kirche. Da es in Rhodesien an einheimischem Klerus mangle und ausgewiesene oder ermordete Missionare kaum zu ersetzen seien, fordert der Pastoralplan einen beschleunigten Aufbau und eine verstärkte Förderung der Basisgemeinden. Trotz häufiger Versuche von Einschüchterung seien die Gotteshäuser in den schwarzen wie in den weißen Pfarreien gut besucht. „Der Krieg“, so heißt es in dem Dokument, „ist eine Prüfung, ein Test, der belegt, ob der Glaube in Afrika tiefe Wurzeln geschlagen hat.“ Der Präfekt der Apostolischen Präfektur Sinoia in Nordrhodesien, der aus Deutschland stammende Jesuit *Helmuth Reckter*, äußerte fast gleichzeitig auf einer Pressekonferenz in Bonn die Ansicht, es drohe der „totale Krieg“, wenn die gegenwärtigen Versuche, noch „in letzter Minute“ eine friedliche Lösung in Rhodesien zu erzielen, scheitern sollten. Bei der Pressekonferenz des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden wurde die deutsche Fassung der von der rhodesischen Parallelorganisation erstellten Dokumentation „Rhodesien – ein Propaganda-Krieg“ vorgestellt. Die als Solida-

ritätsbekundung gedachte deutsche Veröffentlichung erhielt dadurch besondere Bedeutung, daß die weiße Minderheitenregierung nach Bekanntwerden der Dokumentation die gesamte Führungsspitze der Kommission verhaften ließ, um die Veröffentlichung zu verhindern. Immerhin kommen die Verfasser zu dem Ergebnis, daß Ausschreitungen gegenüber Zivilisten bei der Kriegführung der Sicherheitsstreitkräfte an der Tagesordnung sind. Außerdem findet sich in der Publikation eine scharfe Kritik an den Lebensbedingungen in den sogenannten Wehrdörfern, mit deren Hilfe die Regierung Smith die Bevölkerung in den Kampfgebieten von den Guerillaverbänden isolieren will. Vor Vertretern der Missionsgesellschaft der schwedischen Kirche erklärte der schwarze Nationalistenführer *Robert Mugabe* in Stockholm, seine Organisation bedauere den Tod von Missionaren. Seine Männer würden so etwas nicht tun. Denn was nütze es, die Missionare zu töten, die die Kinder der Schwarzen erziehen? Er meinte, die Angriffe auf Missionsstationen gingen auf das Konto der „Selous Scouts“, einer Spezialeinheit der rhodesischen Streitkräfte. Mugabe lobt die Erziehungsarbeit der Missionare, meinte aber, sie solle sich noch entschiedener gegen die Rassentrennung stellen als bisher. Rhodesien brauche eine Gesellschaft ohne Rassenschranken, wo der Mensch als Mensch und nicht als Schwarzer oder Weißer geschätzt werde.

Personen und Ereignisse

Weil er „weiteren Schaden“ im Verhältnis der SPD zur katholischen Kirche abwenden wolle, schrieb der Bundesgeschäftsführer der SPD, *Egon Bahr*, einen entschuldigenden Brief an Kardinal *Josef Ratzinger*, nachdem dieser wegen einer Bemerkung über utopische Freiheits- und Machbarkeitsideologien und deren Zusammenhang mit dem Terrorismus in einem Beitrag zum CDU-Grundsatzprogramm im „Vorwärts“ scharf angegriffen worden war. Der Chefredakteur des „Vorwärts“, *Friedhelm März*, hatte die Bemerkung Ratzingers als dessen Urteil über die SPD hingestellt. Bahr entschuldigte sich für die Partei und für den „Vorwärts“, da eindeutig feststehe, daß die betreffende Bemerkung des Kardinals in keiner Weise auf die SPD bezogen war. Bahr nahm die Entschuldigung zum Anlaß, um „herzlich“ einen Dialog über die Grundwerte anzubieten.

Auf den besonderen Stellenwert der personellen Entwicklungshilfe hat der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Friedrich Kronenberg*, hingewiesen. Im Namen der katholischen Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e. V. (AGEH), deren Vorstandsvorsitzender er ist, erklärte Kronenberg, für die Zukunft sei es wichtig, die Beziehungen zwischen der Kirche in Europa und den Kirchen in Übersee qualitativ zu verbessern. Während in der Dritten Welt die betroffenen Menschen für den Gedanken der Entwicklung und für konkrete Projekte gewonnen werden müßten, sei in der Bundesrepublik eine verstärkte Bewußtseinsbildung erforderlich.

Um mehr Verständnis für die in Deutschland lebenden Ausländer hat der Apostolische Nuntius in Bonn, Erzbischof *Guido Del Mestri*, die einheimische Bevölkerung in der Bundesrepublik gebeten. Beim „Tag des ausländischen Mitarbeiters“ appellierte Del Mestri gleichzeitig an die Ausländer, sich

ihrerseits stärker am kulturellen und religiösen Leben in Deutschland zu beteiligen.

Der Berliner Generalvikar *Johannes Tobei* hat den evangelischen Altbischof *Kurt Scharf* gegen Kritiken aus dem katholischen Bereich wegen dessen Verhalten gegenüber dem Terrorismus in Schutz genommen. In einem Artikel, der auch im Berliner „Petrusblatt“ erschien, hatte der Schriftleiter der Hildesheimer Kirchenzeitung, Pfarrer Henze, im Blick auf die Terrorismusdiskussion Scharf „Unbussfertigkeit“ und „Nebelwerferi“ vorgeworfen. Scharf, so der Kirchenzeitungskommentar, hätte darüber nachdenken sollen, ob nicht „sein betuliches Gerede über die idealistischen Motive der Terroristen“ zum Nährboden des Terrorismus gehöre. Demgegenüber stellte Generalvikar Tobei fest, bei aller unterschiedlicher Beurteilung und Bewertung politischer Vorgänge und Fakten sei er davon überzeugt, daß sich Scharf „aus seiner Verantwortung als Christ mit großem persönlichem Engagement und lauterer Gesinnung den Problemen unserer Zeit zu stellen versucht“.

Einen Verzicht aller Beschäftigten in der Bundesrepublik auf reale Lohn- und Gehaltserhöhung im Jahre 1978 empfahl auf einer diakonischen Konferenz der EKD in Bielefeld-Bethel der Präsident des Diakonischen Werkes, *Theodor Schober*. Alle öffentlichen Haushalte sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter wie Kirchen und Gewerkschaften sollten verpflichtet werden oder sich freiwillig verpflichten, die durch den Gehaltserhöhungsverzicht eingesparten Gelder für zusätzliche Einstellung von Arbeitslosen, für Investitionen oder erweiternde Ausbildungsmaßnahmen zu verwenden. Alle Unternehmen sollten nach Meinung Schobers tarifvertraglich darauf festgelegt werden, ihre Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen um den

eingesparten Betrag zu erhöhen oder zusätzlich Personal einzustellen.

Über wachsenden Druck des Staatsatheismus in Jugoslawien klagte Mitte Oktober in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen der Erzbischof von Zagreb, *Franjo Kuharic*. Auf der einen Seite gäbe es den „Staatsglauben“, der das alleinige Recht auf Öffentlichkeit habe und für alle Bürger verbindlich sein soll, auf der anderen Seite aber Millionen Gläubige, die wüßten, warum sie glauben, diesen Glauben aber nicht in der Öffentlichkeit, sondern nur in den Kirchenräumen bekennen dürfen. Kuharic hob vor allem die Benachteiligung der Christen im Bildungssystem Jugoslawiens hervor: Von der Volksschule bis zur Universität sei der Marxismus als amtliche Wissenschaft Vorbild, die Kirche bleibe aus diesem Raum völlig verdrängt. Bei der atheistischen Indoktrination gingen kommunistische Lehrer in Schule und Erziehung so weit, „daß sie die Kinder bedrohen, erniedrigen und beleidigen“.

Religion müsse vorläufig noch als natürlich hingenommen werden, sei jedoch auf Dauer zum Absterben verurteilt. Dies erklärte der ungarische Staatssekretär für Kirchenfragen *Imre Miklos* in einem Interview mit der ungarischen Tageszeitung „Magyar Hirlap“. Wenn sich die Kirchen „ausnahmslos loyal“ verhielten, könnten sie möglicherweise ihre Existenz verlängern. Ihre Mitarbeit werde gewünscht, enthalte jedoch für die Regierung kein ideologisches Zugeständnis. Im übrigen sei das Absterben der Religion keine Voraussetzung des Kommunismus, sondern das Ergebnis seines Sieges.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des Patmos-Verlages, Düsseldorf, des Elite-Verlages Ernst Heyer, Essen, und des Verlages Herder, Freiburg, bei.